nr. 3 – juni/juli 2022

ecke turmstraße

Zeitung für das »Lebendige Zentrum« und Sanierungsgebiet Turmstraße. *Erscheint sechsmal im Jahr kostenlos.*
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Ch. Eckelt

WELCHE ECKE?

Ch. Eckelt

Moabit hat ja bekanntlich viele schöne Ecken. Aber wo wurde diese Ecke aufgenommen? Wenn Sie den Ort wissen, schreiben Sie uns die Lösung und vergessen bitte auch nicht Ihre Post-Adresse! Denn unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir wieder einen Büchergutschein der Dorotheenstädtischen Buchhandlung.
Schicken Sie uns Ihre Antwort per Post an: Ulrike Steglich c/o Ecke Turmstraße, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin oder per Mail an: ecketurm@gmx.net
Einsendeschluss ist Montag, der 15. August 2022.
Unser letztes Bilderrätsel zeigte die Sitzmöbel vor der Arminius-Markthalle. Gewonnen hat Antonia Beer – herzlichen Glückwunsch! Der Büchergutschein geht Ihnen per Post zu.

Ehrenamtspreis des Bezirks Mitte 2022

In Krisenzeiten ist Zusammenhalt und gegenseitige Unterstützung wichtiger denn je. Dabei nimmt ehrenamtliches Engagement einen entscheidenden Platz ein. Egal wie klein oder groß, sichtbar oder unsichtbar, jedes Ehrenamt ist ein Beitrag zu einer solidarischeren Gesellschaft und einer Ehrung würdig.
Bereits zum 17. Mal lobt das Bezirksamt Mitte den Ehrenamtspreis Mitte aus und bittet Sie, Einzelpersonen oder Gruppen aus gemeinnützigen Vereinen, kulturellen Einrichtungen, sozialen Organisationen, Gemeinden und Nachbarschaften für diesen Preis vorzuschlagen. Einzige Voraussetzung für den Preis ist, dass das auszuzeichnende Ehrenamt im Bezirk Mitte angesiedelt ist.
Die Verleihung des Ehrenamtspreises wird am 7. Oktober 2022 stattfinden, sofern die pandemische Lage und Haushaltslage dies zulassen.

Kennen Sie geeignete Menschen, die sich in herausragender Weise für das Gemeinwohl im Bezirk Mitte einsetzen, so reichen Sie Ihre Vorschläge auf der Website www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/aemter/amt-fuer-soziales/ehrenamtsbuero bis zum 1. Juli 2022 ein.
Bei weiteren Fragen, wenden Sie sich bitte an das Ehrenamtsbüro:
E-Mail: Ehrenamt@ba-mitte.berlin.de
Telefon: (030) 901 84 18 81

Elektronischer Versand

Sie möchten auf elektronischem Weg die aktuelle Zeitung als PDF erhalten? Schreiben Sie uns eine kurze E-Mail!

INHALT

Seite 3 *Neuer Heilgarten eingeweiht*

Seite 4 *Kulturtermine*

Seite 5 *Bezirk schließt Vereinbarung mit Gewobag*

Seite 6 *Podcast 50 Jahre Städtebauförderung: Folgen 5 und 6 erschienen*

Seite 7 *Sperrmüllaktionstage*

Seite 8 *Mitte-Museum im Rathaus Tiergarten*

Seite 9 *Zeitzeugnisse gesucht*

Seite 10 *Tramplanung*

Aus dem Bezirk Mitte:

- **Seite 11** *Zukunft der Parkhäuser*
- **Seite 12 / 13** *Interview mit Bezirksstadträtin Dr. Almut Neumann*
- **Seite 14** *Klimanotstand*

Seite 15 *Adressen + Gebietskarte*

Seite 16 *Eckensteher*

IMPRESSUM

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse:
»Ecke Turmstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin
Tel (030) 283 31 27, ecketurm@gmx.net
Fotoredaktion:
Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung:
capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de
V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Ecken im Web

Sämtliche Ausgaben der »Ecke Turmstraße« sind als PDF archiviert und abrufbar unter: www.turmstrasse.de/akteure/ecke-turmstrasse

Die nächste Ausgabe

der Ecke Turmstraße erscheint Ende August 2022.

Ein Ort der Hoffnung

Anlässlich des Tages der Städtebauförderung wurde der therapeutische Heilgarten auf dem GSZM-Areal eingeweiht

Der Clown, der zur Eröffnung kam, um Kinder und Erwachsene mit Seifenblasenkunst zu verzaubern, war vielleicht das treffendste Symbol für den neuen therapeutischen Heilgarten, der am 14. Mai eingeweiht wurde. Denn Clowns haben, bei allem liebenswürdigem Spaß, den sie Kindern bereiten, auch immer etwas Melancholisches, fast Tragisches an sich.
Auch der Heilgarten birgt beides. Denn das Areal, das nun auf dem Gelände des Gesundheits- und Sozialzentrums Moabit (GSZM) neu angelegt und eingeweiht wurde, dient therapeutischen Zwecken: Er steht traumatisierten Geflüchteten, die ambulant im Zentrum ÜBERLEBEN behandelt werden, aber auch Menschen mit geistigen Beeinträchtigungen zur Verfügung, die hier Gruppen- und Einzeltherapien erhalten, gärtnern können oder bei Sport und Spiel entspannen. Zur Eröffnung des Heilgartens sagte Wail Diab, der Leiter der Tagesklinik Zentrum ÜBERLEBEN, der Garten werde für die Patienten – darunter etliche durch Folter, Krieg und Flucht traumatisierte Menschen – ein Ort sein, an dem Schmerz, Trauer und Verzweiflung ihren Platz fänden, aber auch neue Hoffnung, Freude und Zuversicht.

Der neue interkulturelle Heilgarten wurde zum diesjährigen Tag der Städtebauförderung, der in jedem Jahr bundesweit begangen wird, am 14. Mai mit einem kleinen Fest eingeweiht, zu dem auch die Moabiterinnen und Moabiter eingeladen waren. Und der Anlass weist schon darauf hin, dass auch der neue Heilgarten mit Städtebaufördermitteln entstanden ist.
Dabei hat er eine Vorgeschichte: Denn einen therapeutischen Heilgarten des Zentrum ÜBERLEBEN gab es schon zuvor auf dem GSZM-Gelände. Nur war er schon in die Jahre gekommen, erneuerungsbedürftig – und er befand sich auf einem Grundstücksteil, das künftig für die neue Mittelpunktbibliothek benötigt wird, die vorn an der Turmstraße 22 errichtet werden soll (siehe auch S. 10). Die Idee, einen neuen Garten auf einem weiter hinten gelegenen Grundstücksteil im Blockinneren anzulegen, stieß auf offene Ohren beim Zentrum ÜBERLEBEN. Prof. Dr. Karin Weiss, die Geschäftsführerin des Zentrums: »Eine Erneuerung war schon lange auch aus unserer Perspektive dringend notwendig, aber natürlich war das auch eine Finanzierungsfrage. Als wir dann hörten, dass dafür Fördermittel zur Verfügung stehen, konnten wir unser Glück kaum fassen.«

Der neue Heilgarten wurde durch das Begrünungsprogramm im Lebendigen Zentrum und Sanierungsgebiet Turmstraße gefördert. Nach Plänen des beauftragten Büros planwerkstatt haas-wohlfarth wurde der Garten im letzten Jahr angelegt und im Winter fertiggestellt.

Zwar ist die Turmstraße gar nicht so weit entfernt, dennoch ist der Garten eine geschützte Oase im Großstadtgetümmel. Hier hört man vor allem Vogelgezwitscher und das Summen von Insekten. Zwischen Bäumen laden Hängematten zum Ausruhen ein. Ein schmaler Weg schlängelt sich zwischen Rasenflächen, Sträuchern und blühenden Blumen entlang, in gezimmerten Hochbeeten haben Patienten bereits die ersten Kräuter und Gemüsepflanzen ausgesät. Der Erdhaufen am Ende des Gartens sei kein Überbleibsel der Bauarbeiten, sagt Karin Weiss: Die Nutzerinnen und Nutzer des Gartens werden hier selbst noch weitere Hochbeete bauen, es ist Teil der Therapie. Damit der Garten auch eine Oase bleibt, ist er von einem kleinen Zaun umgeben, der signalisiert: Dies ist kein öffentlicher Raum, sondern den Patientinnen und Patienten vorbehalten.

Doch anlässlich der Einweihung konnten auch alle anderen den Garten in Augenschein nehmen. Die Landschaftsarchitektin Andrea Haas-Wohlfahrt gab Einblicke in die Entwurfsideen und die bauliche Umsetzung. Bei einer Führung über das GSZM-Gelände erläuterte Patrick Müller von der BIM (Berliner Immobilienmanagement GmbH) den Interessierten die Geschichte des weitläufigen Geländes und zeigte den historischen Hörsaal im Haus J. Mit Fachbeiträgen wurde zudem über die Arbeit und die Therapieangebote des Zentrums ÜBERLEBEN im Heilgarten informiert.
Das interkulturelle Gartenfest, organisiert vom Büro KoSP GmbH gemeinsam mit dem Zentrum ÜBERLEBEN, wartete mit einem bunten Programm auf: Nach der Eröffnung durch Bezirksstadtrat Ephraim Gothe gab es neben den schon erwähnten Führungen und Fachvorträgen und dem Clown einen bunten Flohmarkt, ein Coffee Bike sowie kulinarische Köstlichkeiten: Die von Geflüchteten ins Leben gerufene Catering-Firma Refueat hatte ein Potpourri aus arabisch-mediterranem Streetfood zusammengestellt. An zwei Informationsständen konnten sich die Besucherinnen und Besucher über das Förder- und Sanierungsgebiet Turmstraße sowie die Arbeit des Zentrums ÜBERLEBEN informieren. *us*

Ch. Eckelt

Moabiter Kiezfest am 10. September

Anmeldefrist für Beteiligung läuft

Das Moabiter Kiezfest gehört inzwischen zu den kulturellen Highlights im Lebendigen Zentrum Turmstraße. Unter dem Motto »Lokal! Kreativ! Bunt!« fand das Fest, das vor allem von lokalen Akteurinnen und Akteuren organisiert und ausgestaltet wird, im Jahr 2019 bereits zum siebten Mal rund um das Rathaus Tiergarten statt: mit zahlreichen Marktständen Moabiter Händler und Gewerbetreibender, Initiativen und Vereine, mit Kultur auf zwei Bühnen, Musik, Gastro-Angeboten und Geselligkeit bei TIM's Abend. Nun, nach einer langen Corona-Pause, wird die Tradition wieder aufgenommen: Das Kiezfest 2022 findet am 10. September statt und die Vorbereitungen laufen schon auf Hochtouren.
Wer am Kiezfest in den Bereichen Soziales, Handel, Gastronomie und Kultur vertreten sein möchte, ob Gewerbetreibende, Händler oder Vereine und soziale Initiativen, sollte sich jetzt anmelden. Die Anmeldeformulare für Marktstände sind online unter der Adresse www.turmstrasse.de/kiezfest zu finden. Die Frist für die Anmeldung ist der 10. Juni.
Eileen Kalke aus Moabit übernimmt die Kultur- und Bühnenkoordination sowie die Organisation des Engagements von Jugendlichen. Sie ist für alle Fragen rund um das Kulturprogramm beim Fest unter folgender Mailadresse erreichbar: kiezfest.moabit@gmail.com.
Darüber hinaus werden kleinere Aufwandsentschädigungen für engagierte Jugendliche auf dem Fest durch das CJD/Jugendmigrationsdienst ermöglicht. Jugendliche, die sich an dem Fest beteiligen möchten (z.B. mit einem Musik- oder Kreativangebot, Deko-Aktionen usw.), sollten sich ebenfalls an Eileen Kalke wenden.
Das Fest wird auch in diesem Jahr maßgeblich von der TIM (Turmstraßen-Initiative Moabit) organisiert, unterstützt vom Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße. *us*

Galerie Nord

Kunstfestival Ortstermin: »lieber laut«

26.–28. August in Moabit

Seit etlichen Jahren gehört das Moabiter Kunstfestival »Ortstermin«, organisiert vom Kunstverein Tiergarten, zu den wichtigen Kulturereignissen im Gebiet und auch weit darüber hinaus. In diesem Jahr findet der Ortstermin am letzten Augustwochenende statt. Vom Freitag, dem 26.8. bis Sonntag, den 28.8. werden sich wieder viele Ateliers, Galerien und andere Veranstaltungsorte öffnen und eine große Vielfalt von künstlerischen Beiträgen präsentieren. Das diesjährige Festival steht unter dem Motto »lieber laut« und lädt Künstlerinnen und Künstler aller Sparten ein, (wieder) laut(er) zu werden, präsent zu sein und Moabit aufs Neue mit Festivalbeiträgen zu bereichern.
Die Anmeldefrist für künstlerische Beiträge endete am 31. Mai. Nun darf man gespannt sein auf das opulente Programm, das daraus entwickelt wird. *us*

Weitere Informationen unter www.kunstverein-tiergarten.de

Berlin Brass Festival 2022

Das Berlin Brass Festival findet in diesem Jahr am 16. Juni von 15–20 Uhr in Moabit statt. Es wird die Kulturwoche des Moabiter Ratschlag e.V. im Otto-Park abrunden. Das Berlin Brass Festival wird mit Mitteln aus dem Gebietsfonds des Fördergebiets Lebendiges Zentrum Turmstraße unterstützt.

Neue Ausstellung in der Galerie Nord

Voice over II: »Relegation ~ via« von Catherine Lorent

Die Programmreihe VOICE:over in der Galerie Nord | Kunstverein Tiergarten widmet sich zwei Jahre lang mit spartenübergreifenden Ausstellungsprojekten, Performances, einer Operninstallation und einem vielfältigen Gesprächsprogramm dem Phänomen der Stimme.
Catherine Lorent, bildende Künstlerin, Musikerin und Kunsthistorikerin, erschafft komplexe Kunstwerke aus Gesang, Malerei, Zeichnung, Skulptur, Performance, U- und E-Musik. Die Kombination aus Objekten, Soundkompositionen und ornamentalen Figuren ergibt ein sinnliches Gesamtkunstwerk. Die Räume der Galerie bieten eine Bühne für Lorents waghalsige Experimente über das Verschmelzen von Kunst und Musik, Hoch- und Pop-Kultur. Bunt, laut röchelnd und leise wispernd, wild und sensibel setzt sie sich über ästhetische und gesellschaftliche binäre Zuordnungen hinweg.
»Relegation ~ via«, Ausstellung vom 10. Juni bis 30. Juli 2022, Galerie Nord, Turmstr. 75, Di–Sa 12–19 Uhr, Eintritt frei
www.kunstverein-tiergarten.de

Ch. Eckelt

Investition in den Klimaschutz

Eine Pilotvereinbarung zwischen Bezirk und Gewobag eröffnet neue Perspektiven

Die Gewobag ist eines der sechs kommunalen Wohnungsunternehmen Berlins. Sie verfügt über einen Bestand von über 74.000 Wohnungen in der Stadt. Und einige davon befinden sich auch im Sanierungsgebiet Turmstraße, beispielsweise in der Lübecker Straße 8, 9 und 10.
Diese drei Häuser sollen auch der Ort für den Start eines Pilotprojekts sein – das jedenfalls sieht eine Vereinbarung zwischen der Gewobag und dem Bezirk Mitte vor. Dabei geht es um die Verwendung der sogenannten Sanierungsausgleichsbeträge, die hier gezielt in die ökologische Aufwertung der Grundstücke investiert werden.

Hintergrund hierfür ist eine Besonderheit in Sanierungsgebieten wie diesem: Im Jahr 2011 wurde das Sanierungsgebiet Turmstraße förmlich festgesetzt und wird voraussichtlich 2026 wieder aufgehoben. In diesem Zeitraum werden umfangreiche Fördermittel in die Verbesserung der sozialen Infrastruktur und des öffentlichen Raums investiert, um die Lebensqualität im Fördergebiet insgesamt zu verbessern. Solche Maßnahmen wirken sich natürlich auch auf den Wert der Grundstücke aus, der damit in der Regel steigt. Natürlich steigen die Bodenrichtwerte und damit die Grundstückswerte in Berlin seit einigen Jahren ohnehin in schwindelerregendem Tempo. Doch der Gesetzgeber hat mit Verweis auf die wertsteigernden Investitionen in Sanierungsgebieten durch die öffentliche Hand festgelegt, dass Grundstückseigentümer deshalb bei Aufhebung des Sanierungsgebiets (oder bei einer vorzeitigen Entlassung des betreffenden Grundstücks daraus) einen Ausgleichsbetrag an die Kommune zu entrichten haben. Dieser wird nach einem komplizierten Schlüssel berechnet. Die Ausgleichsbeträge stopfen dann aber nicht irgendwelche Berliner Haushaltslöcher, sondern werden gezielt erneut im Sanierungsgebiet reinvestiert.

Da abzusehen ist, dass die Bodenrichtwerte in Berlin auch weiter munter steigen, haben Eigentümer also mehr denn je ein Interesse daran, von der Möglichkeit der vorfristigen Ablösung von Ausgleichsbeträgen auf der Basis des derzeitigen Bodenrichtwerts Gebrauch zu machen. Doch diese Ausgleichsbeträge, so der Grundgedanke des jetzigen Pilotprojekts, können sinnvoll sofort an Ort und Stelle reinvestiert werden, nämlich in Maßnahmen, die dem Klimaschutz dienen und notwendige Anpassungen an den Klimawandel voranbringen. Genau das sieht nun die Ablösevereinbarung vor, die im März 2022 zwischen der Gewobag und dem Bezirksamt Mitte geschlossen wurde. Beide verständigten sich auf die Ablösung von Ausgleichsbeträgen in Höhe von knapp 1,5 Mill. Euro für insgesamt 18 Grundstücke. Die eingezahlten Mittel sollen bis zur Beendigung der Sanierung zur Förderung von Begrünungs- und Klimaanpassungsmaßnahmen auf den Grundstücken der Gewobag, hauptsächlich in der Lübecker Straße und Pritzwalker Straße, vorgehalten werden.

An dieser Stelle kommt das Begrünungsprogramm ins Spiel: Seit 2015 stellt der Bezirk Mitte Fördermittel zur Verfügung, um die Begrünung von stark versiegelten oder vernachlässigten Höfen (bzw. Vorgärten, Baulücken, Brachen, Dächer, Fassaden, Brandwände) zu fördern. Bedingung für die Förderung ist, dass die Begrünungsmaßnahmen im Fördergebiet Lebendiges Zentrum Turmstraße oder im Nahraum Bremer Straße vorgenommen werden und den städtebaulichen Entwicklungszielen entsprechen. Für die ökologische Aufwertung bietet das Begrünungsprogramm eine Förderquote von 50% bzw. – im Falle einer umfassenden Beteiligung der Mieterinnen und Mieter an der Maßnahmenentwicklung – 65% der förderfähigen Maßnahmen. Dazu zählen Entsiegelungen und Bepflanzungen, Regenwasserspeicherungen, Sitzgelegenheiten, Sonnensegel, Rankhilfen, Fahrradabstellanlagen, Nisthilfen, Spielgeräte u.v.a.m.
In den vergangenen sechs Jahren wurden im Hofbegrünungsprogramm Turmstraße Fördermittel vor allem des Programms »Lebendige Zentren und Quartiere« in Höhe von 700.000 € eingesetzt. In den kommenden Jahren stehen jährlich 100.000 € Programmmittel zur Verfügung. Die jetzt erstmalig in Berlin getroffene Vereinbarung zwischen dem Bezirksamt Mitte und der Gewobag eröffnet zusätzliche Perspektiven, zumal vergleichbare Vereinbarungen ab sofort mit allen ablösewilligen Eigentümern angestrebt werden.
Mit der Gewobag wurde verabredet, die ersten Vorhaben in der Lübecker Straße 8, 9 und 10 bereits ab Mai dieses Jahres vorzubereiten und möglichst schon im September und Oktober zu verwirklichen. Haben Sie auch Interesse am Begrünungsprogramm oder einer vorzeitigen Ablösevereinbarung, melden Sie sich unter turmstraße@kosp-berlin.de. *us*

Ch. Eckelt

Moabiter Stadtgespräche – eine Zeitreise

Die beiden letzten Folgen des sechsteiligen Podcasts sind jetzt erschienen

Anlässlich des bundesweiten Tages der Städtebauförderung am 14. Mai sind nun auch die letzten beiden Folgen der Podcast-Reihe »Moabiter Stadtgespräche – Eine Zeitreise durch 50 Jahre Berliner Städtebauförderung« erschienen.
Vor einem Jahr – zum 50. Jubiläum der bundesweiten Städtebauförderung – wurden die ersten Folgen dieser Audio-Zeitreise präsentiert. Der Podcast resümiert schlaglichtartig die Geschichte der (West-)Berliner Stadterneuerung am Beispiel Moabits: Von der Kahlschlagsanierung der 1960er/1970er Jahre über den Paradigmenwechsel zur behutsamen Stadterneuerung bis hin zum Thema Klimaanpassung schauen Akteure aus Politik, Verwaltung, Initiativen und Stadtplanung in insgesamt sechs Folgen auf ein ereignisreiches halbes Jahrhundert der Moabiter Stadtentwicklung zurück.

Die neuen Folgen 5 und 6 führen in die Gegenwart. In Folge 5 geht es unter dem Titel »Hinter den Kulissen« um die Arbeit im derzeitigen Fördergebiet Turmstraße.
Immer wieder taucht die Bezeichnung »Lebendiges Zentrum und Sanierungsgebiet Turmstraße« auf – doch was steckt eigentlich dahinter? Sabine Slapa und die Moderatorin des Podcast Christin Noack sprechen in Folge 5 über ihre Arbeit im Fördergebiet, beginnend im ersten Jahrzehnt der 2000er Jahre. Sabine Slapa ist die Geschäftsführerin des Planungsbüros »die raumplaner«, das für das Geschäftsstraßenmanagement in der Turmstraße verantwortlich ist. Das Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement (KoSP GmbH), bei dem Christin Noack Gesellschafterin ist, ist mit der Prozesssteuerung im Förder- und Sanierungsgebiet Turmstraße beauftragt.
In der sechsten und letzten Folge der Podcast-Reihe wird eine der größten Herausforderungen unserer Zeit thematisiert: Der Klimaschutz und die Klimaanpassung. Vom 2020 im Bezirk Mitte ausgerufenen Klimanotstand bis zum Begrünungsprogramm auf privaten Flächen: Im Gespräch mit Ephraim Gothe, dem stellvertretenden Bezirksbürgermeister und Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung und Facility Management werden Visionen und Strategien erörtert.

Zuvor erschienen die Teile 1–4 des Podcast zu folgenden Themen:

1: Städtebauförderung feiern!
Zum Auftakt der Zeitreise wurde in der ersten Folge erörtert, was hinter den großen Begriff der Städtebauförderung überhaupt steckt. Dr. Christiane Westphal, Koordinatorin des Aktionstages »Tag der Städtebauförderung« für die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, hat dazu ein paar Fragen beantwortet.
2: Abriss oder Erhaltung?
In der zweiten Folge wurde gemeinsam mit Dieter Geffers, dem ehemaligen Referatsleiter der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, auf das Berlin der 60er und 70er Jahre zurückgeblickt. Wie war die Ausgangssituation nach den Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg? Welche städtebaulichen Leitbilder prägten diese Zeit? Welche Planungen wurden in Moabit umgesetzt oder auch wieder verworfen?
3: MUT zur behutsamen Stadterneuerung
In der dritten Folge der »Moabiter Stadtgespräche« kam Annalie Schoen zu Wort. Sie erlebte sowohl als Stadtplanerin als auch als Bewohnerin und Mitbegründerin der Mieterinitiative, heute Mietergenossenschaft Unionplatz Tiergarten eG (kurz MUT eG) den Umbruch der Stadtentwicklung. Mit viel bürgerschaftlichen Engagement wurde im kleinen Sanierungsgebiet Tiergarten-Unionplatz gegen den Abriss gekämpft. Der Erhalt des Wohnblocks ist ein Paradebeispiel für die behutsame Stadterneuerung, die im starken Kontrast zu der bis dahin üblichen Flächensanierung stand.
4: Moabit als Pionier für die Verkehrsberuhigung
Bereits Anfang der 80er-Jahre wurde die flächenhafte Verkehrsberuhigung in einem Moabiter Modellgebiet erfolgreich umgesetzt. Als einer der ersten Versuche, Verkehrsberuhigung auf ein größeres zusammenhängendes Gebiet auszuweiten, konnten damit nicht nur das Verkehrsgeschehen, sondern auch das Stadtbild, die Umweltsituation und die Nutzungsmöglichkeiten des wohnungsnahen Straßenraums verbessert werden. Heinz Tibbe, Geschäftsführer des Stadt- und Verkehrsplanungsbüros Gruppe planwerk, arbeitete maßgeblich an der Entwicklung dieses Konzeptes mit und berichtet in der vierten Folge der »Moabiter Stadtgespräche« von dieser Zeit: Wie wurde damals der Verkehr geplant? Was ist das »Moabiter Kissen« und wie wurde es entwickelt? Welche Ideen rund um die Verkehrsplanung gab es außerdem?
Alle Folgen der »Moabiter Stadtgespräche« können auf der Website www.turmstrasse.de sowie auf Spotify, youtube, Soundcloud und bei iTunes abgerufen werden. Der Podcast wurde vom Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projetmanagement (KoSP GmbH) produziert, das mit der Prozesssteuerung im Förder- und Sanierungsgebiet Turmstraße beauftragt ist. *us*

Sperrmüllaktionstage werden fortgeführt

Nächster Termin in Moabit ist der 16. Juni

Matratzen, Kühlschränke, Sofas – illegal auf dem Gehweg abgestellter Sperrmüll gehört seit Jahren zum Alltag in Berlin. Die Entsorgung kostet das Land regelmäßig mehrere Millionen Euro. Um dieser negativen Entwicklung entgegenzuwirken, hat der Bezirk im Jahr 2019 zum ersten Mal dieser Form der »Entsorgung« den Kampf angesagt. Im letzten Jahr sind 1.324 Bürgerinnen und Bürger dem Aufruf gefolgt. Sie haben insgesamt 1.207 Kubikmeter Sperrmüll und 2.498 Elektroaltgeräte ganz legal in der Nähe ihres Wohnortes entsorgt. Auch in diesem Jahr führt das Bezirksamt die erfolgreiche Aktion in Zusammenarbeit mit der BSR fort.
Den Auftakt machen zwei Kiez-Tage im Wedding und Moabit. Neben der klassischen Sperrmüllentsorgung beinhalten sie auch Beratungs- und Mitmachangebote: einen Tausch- und Verschenkmarkt zum Wiederverwenden statt Wegwerfen sowie eine Reparaturstation, mit deren Hilfe kaputte Dinge (unter Anleitung) wieder zum Funktionieren gebracht werden.
In Moabit findet der nächste Aktionstag am 16. Juni von 13 bis 18 Uhr in der Thusnelda-Allee 1 (Vorplatz Heilandskirche) statt.
Weiterhin haben Bürgerinnen und Bürger in Mitte die Möglichkeit, ihren nicht mehr benötigten Hausrat erneut an zahlreichen Sperrmüllaktionstagen kostenlos abzugeben.
In Absprache mit den Stadtteilkoordinationen finden die Sperrmüllaktionstage an folgenden Tagen und Hotspots, jeweils von 8–12 Uhr, statt:

- 23.07.2022 – Zeppelinplatz (Ostender Straße / Ecke Antwerpener Straße)
- 13.08.2022 – Magdeburger Platz (ggü. Arbeitsgericht)
- 27.08.2022 – Nördl. Michaelkirchplatz (ggü. St. Michael-Kirche)
- 03.09.2022 – Koppenplatz (Koppenplatz / Ecke Linienstraße)
- 17.09.2022 – Kattegatstraße / Ecke Sternstraße
- 24.09.2022 – Ackerstraße / Ecke Feldstraße
- 15.10.2022 – Krausenstraße / Markgrafenstraße (vor dem Jugendpark)
- 22.10.2022 – Sparrplatz (ggü. Sparrstraße 24)

Vor Ort wird ein BSR-Sammelfahrzeug zur Verfügung stehen, bitte bringen Sie Ihren Sperrmüll zu diesem Fahrzeug und stellen Sie keinen Sperrmüll auf die Straße!
Zum Sperrmüll gehören Möbel, Teppiche, Matratzen, Schrott, Kunststoffteile, Elektrogeräte und Alttextilien. Nicht abgeholt werden Bauabfälle, Gussbadewannen, Autoreifen und -batterien sowie Schadstoffe (etwa Farben und Lacke).
Die Sperrmüllaktionstage sind für die Bürgerinnen und Bürger kostenlos. Das Geld dafür stammt aus dem Aktionsprogramm »Sauberes Berlin« des Berliner Senats.
Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel: »Die Sperrmüllentsorgung in Berlin ist für viele Menschen eine große Herausforderung. Die Wertstoffhöfe sind mit unhandlichem Sperrmüll für viele Bürgerinnen und Bürger ohne eigenes Fahrzeug nur schwer zu erreichen. Illegale Entsorgungen in der unmittelbaren Nachbarschaft und dubiose Angebote privater Entrümplungsfirmen sind nicht selten die Folge – gefährliche Stolperfallen und unschöne Anblicke von Sperrmüllhaufen inklusive. Ich freue mich deshalb, dass wir im Bezirk Mitte die Sperrmüllaktions- und die Kiez-Tage in diesem Jahr fortführen können.« Zukünftig müsse die Sperrmüllabholung jedoch unabhängig von einzelnen Aktionstagen erfolgen – »und das kostengünstig, wohnortnah und durch die BSR zentral gesteuert«, fordert der Bezirksbürgermeister.

Spielplatzerneuerung verzögert sich

Mehrfach hatten wir in den letzten Monaten über das Planungs- und Beteiligungsverfahren für die Erneuerung des Spielplatzes Elberfelder / Essener Straße berichtet. Und eigentlich sollten die Bauarbeiten im Herbst beginnen. Seit Ende April liegt die geprüfte Bauplanungsunterlage (BPU) zum Spielplatzprojekt Elberfelder- / Essener Straße vor, das bestätigte Maßnahmevolumen beträgt 325.000 € brutto.
Doch leider kann der ursprüngliche Zeitplan – Ausschreibung der Bauleistungen ab Ende Juni, Beginn der Bauarbeiten Ende September – nun nicht mehr eingehalten werden. Das liegt insbesondere daran, dass das Straßen- und Grünflächenamt die Beauftragung der nächsten Planungsschritte nicht verantworten wollte, solange das Ergebnis der BPU-Prüfung nicht vorlag. Nun musste deshalb der Baubeginn auf das Frühjahr 2023 verschoben und entsprechend die Anmeldung der Fördergelder angepasst werden. *us*

Ch. Eckelt

Am Schreibtisch der Täter

Mitte Museum eröffnet Dependance im Rathaus Tiergarten

Auf dem Schreibtisch des historischen Bürgermeisterzimmers im Rathaus Tiergarten liegen keine Akten. Stattdessen kann man sich auf einer digitalen Medienfläche durch die Geschichte des Gebäudes klicken. Von Richard Ermisch zwischen 1934 und 1937 erbaut, war das Rathaus der erste Neubau für eine Berliner Bezirksverwaltung unter der NS-Regierung. Nach dem Krieg setzten die britischen Besatzer Fritz Schloss als neuen Dienstherren ein.
Bis ins Jahr 2017 wurde das gediegene, mit Nussbaumholz vertäfelte Zimmer im zweiten Stock als Dienstsitz des Bürgermeisters genutzt. Der Leuchter und die Wanduhr stammen aus der NS-Zeit. Grusel kommt auf, wenn man sich klar macht, dass hier Schicksale der Moabiter Juden und Jüdinnen auf bürokratischer Ebene verhandelt und »abgewickelt« wurden. Auf Fotos von damals flattern Hakenkreuzfahnen am neu errichteten Haus. Ein Reichsadler schmückt die pompöse Ehrenhalle, die es heute nicht mehr gibt. Den Begriff der Banalität des Bösen hat die Prozessbeobachterin Hannah Ahrendt am Beispiel des »Schreibtischtäters« Adolf Eichmann im Prozess in Jerusalem im Jahr 1961 geprägt. Er meinte, dass das Grauen der Vernichtung in bürokratischen Verwaltungsakten organisiert und so auf die Ebene einer systematischen, effizient zu erledigenden Maßnahme heruntergerechnet war. Betrieben an zahllosen Orten wie diesem Tisch in diesem Zimmer.
Als Stephan von Dassel im Jahr 2017 Bürgermeister im Bezirk Mitte wurde und das Dienstzimmer besichtigte, habe es sich falsch angefühlt, von hier aus zu regieren. Das erzählte er am 28. April bei der feierlichen Eröffnung der Ausstellung »Das Rathaus Tiergarten als Täter- und Erinnerungsort«. Mitte Museum und Kulturamt wählten den israelischen Holocaust-Gedenktag Jom Haschoah, um das Zimmer und ein Teilstück des Flurs als neue Dependance des Mitte Museums zu eröffnen. »Das Bezirksamt Mitte stellt sich in diesen Räumen seiner eigenen Geschichte in der NS-Zeit« heißt es auf einer Tafel in der Vitrine des Zimmers. Die Behörde selbst hat den Anstoß gegeben, das Zimmer öffentlich zugänglich zu machen, es der Erinnerung zu widmen. Bleibt zu hoffen, dass die Arbeit vieler zivilgesellschaftlicher Initiativen im Bezirk sich dann und wann hier bündelt. Die Vereine »Sie waren Nachbarn e.V.«, »Ihr letzter Weg e.V.« und »Gleis 69 e.V.« arbeiten seit Jahren daran, die Deportationsgeschichte des Bezirks im öffentlichen Raum sichtbar zu machen. Am helllichten Tag waren unter den Augen der Nachbarn und Nachbarinnen ab dem Herbst 1941 Moabiter Juden durch den Bezirk getrieben worden. Die Zeitzeugin Margot Wolf berichtet im Audiowalk »Ihr letzter Weg« über die grauenvolle Atmosphäre im Sammellager Levetzowstraße: »Oben bei uns auf der Empore, wo es keine Bänke gab, sah man die kleinen Fenster der Synagoge. Ein junges Ehepaar kletterte heimlich hinauf und stürzte sich in den Tod.«
Seit 2020 führt der Hörspaziergang von der Sammelstelle in der ehemaligen Synagoge Levetzowstraße zum damaligen Ort der Deportation. Das Gleis 69 liegt eingekeilt zwischen weitläufigen Parkplätzen der angrenzenden Märkte, ihren Territorien mühsam abgetrotzt. Beinahe hat der Konsum sich gegen das Gedenken durchgesetzt. Warum überhaupt solche historischen Orte markieren, könnte man fragen. Weil wir sie brauchen, um die Geschichte greifbar, erfahrbar zu machen, um zeigen zu können: Hier war das. Von diesem Gleis aus wurden 30.000 Juden und Jüdinnen in die Konzentrationslager im Osten gebracht.
In der neuen Ausstellung im Rathaus Tiergarten wird das Netzwerk der Vertreibung im Bezirk von 1941 bis 1943 dargestellt. Auf die »Osttransporte« folgten die »Altentransporte« und die »Fabrikaktion«: zur Zwangsarbeit verpflichtete Jüdinnen und Juden wurden dabei von ihren Arbeitsorten direkt zu den Zügen gebracht.
Der Schreibtisch, das Gleis, der Gedenkpark Zellengefängnis Lehrter Straße, der Kriegsgräberfriedhof Wilsnacker Straße, der Gedenkort Levetzowstraße sind Mosaiksteine. Auch die Geschichten der vier Schriftsteller*innen, die im Bezirk Tiergarten von den Nationalsozialisten verfolgt wurden, gehören dazu. Kurt Tucholsky (1890–1935), die Nobelpreisträgerin Nelly Sachs (1891–1970), Musa M. Džalil‘ (1906–1944), Albrecht Haushofer (1903–1945). Im Vorraum des Bürgermeisterzimmers erinnert jetzt eine kleine Ausstellung an sie.
Mit dieser Dependance hat sich eine Tür eöffnet. Und aus einem verborgenen Zimmer, dessen Geschichte siebzig Jahre lang wenig beachtet wurde, wird ein öffentlich zugänglicher Ort der Erinnerung.

Mathilde-Jacob-Platz 1, 2. OG, Raum 234, geöffnet Montag bis Freitag 10 bis 17 Uhr

Ch. Eckelt

Ch. Eckelt

Zeitzeugnisse gesucht

Forschungsprojekt zum Rathaus Tiergarten zwischen 1935 und 1955

Das Rathaus Tiergarten, erbaut 1935 bis 1937, entstand als erster Neubau für eine Berliner Bezirksverwaltung unter den Nationalsozialisten. Auch von hier aus wurde die Verfolgung und Deportation der Berliner Jüdinnen und Juden mit organisiert. Teilzerstört im Zweiten Weltkrieg, wurde das Gebäude 1953 modernisiert.
Im Rahmen des Forschungsprojekts »Das Rathaus Tiergarten 1935–1955« suchen das Mitte Museum und das Bezirksamt Mitte von Berlin nach Zeitzeugnissen. Gefragt sind insbesondere Fotografien, Tagebucheinträge, Memoiren, aber auch Zeichnungen und Malereien, die das Rathaus oder dessen Umgebung in dieser Zeit thematisieren. Ziel des Projektes ist es, Nachlässe zu erhalten und zu erforschen, wie das Rathausgebäude und die dortige Verwaltung von der lokalen Bevölkerung während der NS-Zeit, in der »Zwischenzeit« und ab 1949 wahrgenommen und akzeptiert wurden.

Das Bezirksamt Mitte setzt sich mit der Vergangenheit des Rathauses Tiergarten als NS-belastetes Gebäude aktiv auseinander. Am 28. April wurde die Ausstellung »Das Rathaus Tiergarten als Täter- und Erinnerungsort« im ehemaligen Bürgermeisterzimmer eröffnet (siehe nebenstehende Seite). Im Vorzimmer werden von Nazis verfolgte Schriftstellerinnen und Schriftsteller aus Tiergarten vorgestellt. Im Bürgermeisterzimmer selbst, das mit Kronleuchter, viel Eichenholz und den Nussbaum-Schrankvitrinen Macht und Bedeutungsschwere suggeriert, wird unter anderem der in Moabit erfundene NS-Propaganda-Mythos des »Hitlerjungen Quex« mit Gastgeschenken aus der israelischen Stadt Holon konfrontiert.

Stephan von Dassel ist der erste Bürgermeister in Mitte, der das geschichtlich belastete Bürgermeisterzimmer nicht als Dienstzimmer nutzen mochte. Kurz nach seinem Amtsantritt veranlasste er 2017 den Umzug seines Stabes in andere Büros im Rathaus Tiergarten und stellte die historischen Räumlichkeiten dem Mitte Museum zur Vergangenheitsaufarbeitung zur Verfügung. *us*

NS-Zwangsarbeit in Moabit 1938–1945

Sonderausstellung im Mitte Museum in der Pankstraße

Das Mitte Museum widmet dem Thema der NS-Zwangsarbeit im Ortsteil Moabit eine Sonderausstellung, die in Kooperation mit dem Verein »Sie waren Nachbarn« e.V. und dem »Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit« erarbeitet wurde.
Vor 80 Jahren, im Jahr 1942, wurde Zwangsarbeit in Berlin zum Massenphänomen. Mit zunehmender Dauer des Krieges wuchs der Arbeitskräftebedarf der deutschen Wirtschaft ins Unermessliche. Im März 1942 schuf das NS-Regime mit dem »Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz« eine Zentralbehörde, um die Verschleppung von immer mehr Menschen effizienter zu organisieren. Im Rahmen der »Lagerbauaktion 1942« entstanden in Berlin hunderte neue Unterkunftslager. Berlin-Mitte war ein Zentrum des »Geschlossenen Arbeitseinsatzes«, wie die NS-Behörden die Zwangsarbeit von deutschen Jüdinnen und Juden bezeichneten.
In der Ausstellung sind ein sechs Quadratmeter großes Modell des Ortsteils Moabit, auf dem die Orte der Unterkünfte der Zwangsarbeiter markiert sind, sowie illustrierte Texttafeln mit weiterführenden Informationen über dieses lokale Netzwerk der NS-Zwangsarbeit zu sehen.
Die Sonderausstellung im Mitte Museum ist Teil einer ganzen Serie: Die Veranstaltungsreihe »NS-Zwangsarbeit vor unserer Haustür« der 12 regionalgeschichtlichen Museen Berlins nimmt mit 12 Veranstaltungen die einzelnen Berliner Bezirke in den Blick. Was hat dieses Verbrechen, das vor unserer Haustür stattfand, mit unserer heutigen Gesellschaft zu tun? Und warum erfolgte die Aufarbeitung erst so spät?
»NS-Zwangsarbeit in Moabit«, Ausstellung bis 30. Juni, sonntags bis freitags 10–18 Uhr, im Mitte Museum, Pankstraße 47 (Wedding), 13357 Berlin, Telefon 46 06 01 90, www.mittemuseum.de, Mail: info@mittemuseum.de

Straßenbahnbau aktuell

Einschränkungen auf der Turmstraße im Juni und Juli

Seit letztem Sommer wird die Verlängerung der Straßenbahntrasse vom Hauptbahnhof bis zum U-Bahnhof gebaut. Künftig soll hier die M10 von Prenzlauer Berg über den Hauptbahnhof bis nach Moabit rollen. Die gute Nachricht: Für Berliner Verhältnisse geht es verblüffend zügig voran. Läuft alles nach Plan, soll die Straßenbahnstrecke bereits im ersten Halbjahr 2023 fertiggestellt werden.
Die Bauarbeiten bringen natürlich auch erhebliche Beeinträchtigungen mit sich. Deshalb informiert das Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße in Zusammenarbeit mit der BVG u.a. mit Flyern über den aktuellen Baustellenstand und die damit verbundenen Einschränkungen im Verkehr.
Im Juni erscheint für die Anwohnerinnen und Anwohner im Gebiet Turmstraße ein neuer Flyer, der zeigt, welche Abschnitte der Turmstraße im Juni und Juli gesperrt bzw. nur einseitig befahrbar sind.
So wird die Fahrbahn der Hauptverkehrsstraße in Westrichtung zwischen Lübecker und Stromstraße gesperrt, zwischen Lübecker Straße und Rathenower Straße ist die Fahrbahn nur als Einbahnstraße befahrbar, und zwar in Ostrichtung. Wer also von Ost nach West will, muss zwischen Rathenower und Stromstraße die Turmstraße umfahren. Ab der Stromstraße geht es dann auf der Turmstraße Richtung Westen weiter, die Fahrbahn wird in diesem Zeitraum zur Einbahnstraße.
Die Fahrbahn der Turmstraße Richtung Osten ist zwischen Thusneldaallee und Stromstraße komplett gesperrt und muss an dieser Stelle umfahren werden, ab Stromstraße geht es dann auf der Turmstraße Richtung Osten mit einer Verschwenkung in Höhe der Lübecker Straße auf die andere Fahrbahn weiter.
Die Stromstraße ist in diesem Zeitraum zwar eingeschränkt, aber dennoch beidseitig befahrbar. Die Rad- und Gehwege bleiben von den Bauarbeiten unberührt.
Ab August soll dann der Abschnitt der Turmstraße zwischen Stromstraße und Thusneldaallee bzw. Jonasstraße beidseitig komplett gesperrt sein. *us*

Ch. Eckelt

Kindersprechstunde auf dem Ottospielplatz

»Die Kinder wissen oft selbst am besten, welche Angebote sie benötigen und welche Themen sie umtreiben«, sagt Mittes Jugendstadtrat Christoph Keller. Er will den Kindern im Bezirk genau zuhören und richtet deshalb eine Sprechstunde ein, die ab Juli regelmäßig stattfinden soll und bei der sie Fragen stellen, auf Missstände hinweisen und Ideen mit dem Stadtrat diskutieren können. Die erste Kindersprechstunde findet am Mittwoch, den 13. Juli, um 15 Uhr auf dem Ottospielplatz in Moabit statt.

»Promenade der Vielfalt« auf der Turmstraße

Das Bezirksamt Mitte plant gemeinsam mit der Ibn Rushd-Goethe Moschee für Sonnabend, den 20. August, einen Tag der Vielfalt, zu der auch eine »Promenade der Vielfalt« auf einem Teilstück der Turmstraße gehören soll. Zwischen 14 und 20 Uhr sind auf dem Mathilde-Jacob-Platz verschiedene Programmpunkte von Vertreterinnen und Vertretern des Bezirksamts, der Moschee sowie weiterer Institutionen, Organisationen und Vereine geplant.
Ab 18 Uhr heißt es dann: Party! Mit einbezogen werden sollen auch die Gewerbetreibenden entlang der Turmstraße. Wer interessiert ist, sich zu beteiligen und mitzumachen, wird gebeten, das grundsätzliche Interesse mit einigen Stichpunkten zu Art und Umgang zu bekunden. Eine kurze E-Mail genügt: bezirksbuergermeister@ba-mitte.berlin.de

Hilferuf von Helfern am Hauptbahnhof

Auch wenn der Krieg in der Ukraine für viele in den Hintergrund gerückt ist – er geht weiter, und noch immer kommen täglich mehr als 1000 Geflüchtete auf dem Hauptbahnhof an. Doch die anfängliche Spendenbereitschaft hat drastisch abgenommen, berichten freiwillige Helfer. In der Ausgabestelle im Untergeschoss des Hauptbahnhofes sei nicht mehr viel da zum Verteilen. Besonders Hygieneprodukte werden dringend benötigt.
Viele Mütter, die hier nach vielen Stunden Zugfahrt ankommen, hätten dann keine Windeln und keine Babynahrung mehr. Es drohen Engpässe. Kommen keine Spenden, müsste der Stand schließen.
Wer helfen will, kann Geld per Paypal spenden oder selbst Hygieneprodukte kaufen und vor Ort abgeben (Ausgabestelle im UG des Hauptbahnhofs am Aufgang zur Tram). Benötigt werden vor allem Windeln, Feuchttücher, Babynahrung, Zahnpasta, Zahnbürsten, feste Seife, kleine Duschgel-Flaschen, Deo und Menstruationsprodukte. Zwischen 11 und 18 Uhr ist immer jemand da.

Kieze ohne Parkplätze

Modellversuch in Kreuzberg geplant

Ch. Eckelt

Im Kreuzberger Graefe-Kiez will die dortige Bezirksverordnetenversammlung einen Modellversuch für ein Quartier ohne Parkplätze starten. Im Bezirk Mitte gibt es Gebiete, die dazu besser geeignet wären.

Der Transformationsprozess der Innenstädte hat in den Köpfen schon eingesetzt. So sehen es die Wissenschaftler und -innen des WZB (Wissenschaftszentrum Berlin), die im vergangenen Jahr eine Studie in Friedrichshain-Kreuzberg durchführten. In enger Abstimmung mit dem Straßen- und Grünflächenamt und in Kooperation mit dem Meinungsforschungsinstitut infas hat eine Gruppe um den Soziologen Prof. Andreas Knie (TU Berlin) mehr als 1000 Bewohnerinnen und Bewohner des Bezirks repräsentativ befragt. Ihnen wurden drei Szenarien von möglichen Interventionen vorgestellt, anschließend wurden sie um Bewertungen gebeten: Im ersten Szenario sollte jeder zehnte Parkplatz entfallen und umgewidmet werden, im dritten der Autoverkehr fast völlig aus den Gebieten verbannt werden und nur noch im Ausnahmefall möglich sein. Im mittleren Szenario dagegen durften Autos zwar noch ins Gebiet einfahren, jedoch wurden dort alle öffentlichen Parkplätze mit Ausnahme der Behindertenparkplätze entfernt und nur noch kurzzeitiges Halten zum Be- und Entladen ermöglicht. Gleichzeitig sollte in privaten Parkhäusern für 30 Euro im Monat Parkplätze angemietet werden können.
Wie die Forscherinnen und Forscher bereits vermutet hatten, hatte es einen großen Einfluss auf die Bewertungen, ob im Haushalt Autos vorhanden waren oder nicht. Etwa 55 % der Befragten hatten kein KfZ, das entspricht in etwa auch den Verhältnissen im Bezirk Mitte. Von den Befragten ohne Auto empfand eine überwältigende Mehrheit von 84 % das Szenario ohne Parkplätze positiv. Die mit KfZ im Haushalt waren dagegen mehrheitlich gegen diesen Vorschlag – aber nur knapp mit 52 %. Immerhin 48 % der Autobesitzer fanden ihn dagegen eher positiv. Insgesamt sprachen sich etwa zwei Drittel der Befragten für das Szenario ohne öffentliche Parkplätze aus.
»Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass sich die Dominanz des Autos in den Einstellungen der Menschen tatsächlich langsam zu relativeren beginnt,« schließen die Wissenschaftler und -innen aus diesen Resultaten. »Eine ›Mobilitätswende‹ im Sinne einer weitgehend auf alternative Verkehrsträger ausgerichteten Verkehrsentwicklung ist hier keine radikale Nischenposition, sondern repräsentiert die Mehrheit der im Bezirk wohnenden Bevölkerung.«

In der Bezirksverordnetenversammlung von Friedrichshain-Kreuzberg brachten Grüne und SPD Ende April einen Antrag für einen wissenschaftlich begleiteten Modellversuch im Graefe-Kiez ein. Im Gebiet zwischen Kottbusser Damm und Urban-Krankenhaus sollen für ein halbes bis ein ganzes Jahr wie im Szenario alle Parkplätze entfallen. Anwohner und -innen sollen ihre Autos unterdessen für 30 Euro im Monat u.a. im Parkhaus am Hermannplatz unterstellen können.
Allerdings sind die Parkhaus-Kapazitäten im Graefe-Kiez knapp. Denn dort wohnen rund 19.000 Menschen in knapp 10.000 Haushalten, die zusammen über etwa 4.000–5.000 PKWs verfügen. Auf öffentlichem Straßenland parken davon mehr als 2000. In Parkhäusern können aber nur knapp 1000 untergebracht werden. Zudem soll das Parkhaus am Hermannplatz im Zusammenhang mit der Neugestaltung des dortigen Karstadt-Kaufhauses zu einem Gewerbehaus umgebaut werden. Das Modellprojekt könnte also wohl nicht über den Versuchszeitraum hinweg verlängert werden.

Im Bezirk Mitte gibt es Quartiere mit besseren Bedingungen. Etwa im Brunnenviertel, das baulich nach der Kahlschlagsanierung der 1970er von Sozialwohnungsanlagen aus den 1980er Jahren dominiert ist. Die wurden damals sehr großzügig mit Tiefgaragen ausgestattet, was zu den späteren finanziellen Problemen des Landes Berlin nicht unwesentlich beitrug. Ein guter Teil des teuer subventionierten Parkraums liegt heute brach. In anderen Teilen des ehemaligen Bezirks Wedding gibt es komplett leerstehende Parkhäuser. Im Sanierungsgebiet Müllerstraße sogar gleich zwei: Das ehemalige Parkhaus der Hochschule für Technik in der Triftstraße mit ca. 500 Plätzen und das Parkhaus des ehemaligen Schillerpark-Center in der Ungarnstraße mit sogar rund 1000 Stellplätzen. *cs*

»Die Verkehrswende beginnt im Kopf«

Dr. Almut Neumann ist bündnisgrüne Bezirksstadträtin für Ordnung, Umwelt, Natur, Straßen und Grünflächen. Ein Gespräch über Fahrradstraßen, E-Mobilität und Rücksichtnahme

Ch. Eckelt

Frau Dr. Neumann, Verkehrswende ist ein großer abstrakter Begriff. Aber was bedeutet das konkret für Ihre Arbeit in den kommenden Jahren in Mitte?

Mir ist bei der Verkehrswende wichtig, dass alle – und damit vor allem die schwächsten Verkehrsteilnehmer:innen – sicher in Mitte unterwegs sein können. Wir müssen daher zuerst auf die Menschen schauen, die zu Fuß unterwegs sind. Deshalb will ich zunächst die Sicherheit an vielen Kreuzungen im Bezirk verbessern, auch mit den Kräften des Ordnungsamtes, indem wir dort beispielsweise Fahrradbügel und E-Scooter-Abstellflächen auf bisherigen Auto-Parkplätzen einrichten. Dann werden Kinder, die die Straße überqueren wollen, nicht mehr so leicht übersehen, und sie selbst können die Straße auch besser einsehen, weil die Kreuzungen nicht mehr zugeparkt werden können.

Dann ist da zweitens der Ausbau des Radverkehrsnetzes, der sehr viel schneller vorankommen muss als in der Vergangenheit. Dabei geht es nicht nur um Radstreifen an den Hauptverkehrsstraßen, sondern vor allem auch um Fahrradstraßen in den Nebenstraßen.

Drittens wollen wir in Mitte in den kommenden Jahren insgesamt zwölf Kiezblocks einrichten. Deshalb schauen wir uns gerade den ganzen Bezirk an, um die Kieze zu identifizieren, die am meisten vom Kfz-Durchgangsverkehr belastet sind. Im Gebiet um die Bellermannstraße haben wir zusammen mit örtlichen Initiativen schon ein Konzept entwickelt und mit der Umsetzung angefangen. Insgesamt sollen dort an fünf Stellen mit Pollern sogenannte »Diagonalsperren« eingerichtet werden, so dass man mit dem Auto zwar noch alle Stellen in dem Gebiet erreichen, aber nicht mehr einfach so über einen »Schleichweg« durch den Kiez hindurchbrettern kann. Zu der bereits umgestalteten Kreuzung im Bellermann-Kiez erreichen uns überwiegend positive Rückmeldungen.

Die meisten Fachleute lehnten solche Maßnahmen früher ab, weil sie den Verkehr in den Gebieten zu Umwegen zwingen und dadurch die Verkehrslast eher wächst als zurückgeht. Warum sollen solche Sperrungen jetzt sinnvoll sein?

U.a. liegt das an den modernen GPS-Navigationssystemen, die uns in Echtzeit Schleichwege über Nebenstraßen anzeigen, sobald es auf den Hauptstraßen voller wird. Das stört die Ruhe dort erheblich und die Abgasbelastung steigt. Dabei brauchen wir gerade in hochverdichteten Bereichen unbedingt Orte und Straßen, in denen es ruhiger zugeht – das ist ja gerade der Sinn der Unterteilung in Haupt- und Nebenstraßen. Deshalb fordern so viele Initiativen derzeit die Einrichtung von Kiezblocks.

Auch Expert:innen schlagen diese mittlerweile oft vor. Andere Maßnahmen, wie z.B. Fahrbahnverengungen, erfordern in der Umsetzung erhebliche Planungskapazitäten, die wir einfach nicht haben. Und wenn bei Umbauten auch noch unterirdische Versorgungsleitungen oder die Kanalisation betroffen sind, müssen wir die Versorgungsbetriebe einbinden – dann wird es extrem aufwändig. Den Verkehr mit einer Reihe Poller umzulenken, ist dagegen vergleichsweise einfach. Diese Poller kann man übrigens mit einem besonderen Schlüssel auch umklappen, sodass Rettungskräfte durchkommen oder in besonderen Notfällen Umleitungen durch die Wohnviertel organisiert werden können. Im Bellermann-Kiez probieren wir es jetzt einfach aus. Und was mich besonders freut: An der Ecke Bellermann-, Heidebrinker und Eulerstraße entsteht gerade neben den Pollern der »Bellermanngarten« mit Sitzmöglichkeiten für die Nachbarschaft und mit Urban Gardening. Das ist es, was ich mir grundsätzlich für diese Orte wünsche: dass kleine grüne Oasen entstehen, wo vorher Autos geparkt haben, und dass sich die Menschen den öffentlichen Raum zurückholen.

Im Wedding und in Moabit wird in diesem Jahr fast überall die Parkraumbewirtschaftung eingeführt. Das Weddinger Brunnenviertel hat zu Jahresbeginn den Anfang gemacht, dort kann man inzwischen in den Gewerbegebieten am Humboldthain sogar ganze Straßenabschnitte fast völlig ohne parkende Autos erleben. Wie sollen wir mit diesem gewonnenen Raum umgehen?

Generell muss der Platz neu verteilt werden. In Berlin sind etwa zwei Drittel des öffentlichen Straßenraums für Autos reserviert, obwohl nur jeder sechste Weg mit ihnen zurückgelegt wird. Das soll sich mit der Verkehrswende ändern – aber die Umgestaltung des öffentlichen Raums wird viel Zeit erfordern. Für das Stadtklima in Zeiten der Klimakrise ist auch die Entsiegelung von bisherigem Straßenraum ein großes Thema, und wir arbeiten an entsprechenden Strategien. Aber dabei müssen wir realistisch bleiben, denn großflächige Entsiegelung ist sowohl planerisch als auch finanziell voraussetzungsvoll. Vorerst können wir auf öffentlichem Straßenland vor allem kleinere Maßnahmen umsetzen, etwa Hochbeete anlegen. Urban Gardening sollte meines Erachtens eine wichtige Rolle spielen und wir werden auf jeden Fall auf Initiativen aus der Bevölkerung angewiesen sein – so wie im Bellermanngarten!

Der alte Senat hat zwei Wochen vor der Wahl einen neuen Radverkehrsplan für Berlin beschlossen. Wie kommt Mitte, wie kommen Sie mit ihm zurecht?

Im Großen und Ganzen sehr gut. An einigen Stellen gibt es sicher noch Klärungsbedarf, insbesondere in Moabit, wo die südliche Beusselstraße aus dem Radwegenetz ausgespart bleibt, obwohl sie eigentlich ausreichend Platz für breite Radstreifen hat und nach dem Mobilitätsgesetz ohnehin welche bekommen müsste. Doch ansonsten bin ich sehr zufrieden mit dem Plan. Er ist eine gute Arbeitsgrundlage – deshalb hängt er auch in meinem Büro. Wir kümmern uns im Bezirk derzeit vor allem intensiv um die Nebenstraßen. Denn dort sind wir als Bezirk allein zuständig und können damit schneller agieren.

Umstritten sind Fahrradstraßen. Wie ist Ihre Haltung?

Ich bin für die Einrichtung von Fahrradstraßen. Dabei kommt es aber entscheidend darauf an, wie man sie konkret ausgestaltet. In der Linienstraße funktioniert sie meiner Ansicht nach ziemlich gut: Dort ist die Radstraße und die Dooring-Zone deutlich auf dem Boden markiert und gegenläufige Einbahnstraßen für Kfz halten den Kfz-Durchgangsverkehr aus der Straße heraus. In der Stargarder Straße in Prenzlauer Berg wurden dagegen bei der Einführung Fehler gemacht, weshalb einige jetzt ein Horrorbild von Fahrradstraßen zeichnen. Solche Fehler müssen wir aber nicht wiederholen. Im Gegenteil halte ich ein gut gemachtes Netz aus Fahrradstraßen für eine wirkliche Bereicherung für den Radverkehr.

In der Berliner Innenstadt fällt auf, dass hier kaum Jugendliche mit dem Rad unterwegs sind. Vor den Oberschulen stehen oft nur wenige Fahrräder, die Schülerinnen und Schüler kommen selbst im Sommer meistens zu Fuß oder mit der BVG. Wer in Berlin aufwächst, der scheint sich das Radfahren erst gar nicht anzugewöhnen. Wie kann man das ändern?

Ch. Eckelt

Wir müssen die Infrastruktur ändern! Überlegen Sie einmal: Kinder über zehn Jahre dürfen nach der Straßenverkehrsordnung nicht mehr auf dem Gehweg fahren, sondern müssen, falls keine Radwege da sind, die Fahrbahn benutzen. Das werden aber die wenigsten Eltern in der Berliner Innenstadt erlauben. Wenn aber sichere Radrouten zur Schule oder zum Sportverein führen, wird man auch mehr Jugendliche mit dem Rad auf der Straße sehen. Entscheidend ist dabei nicht nur die objektive Sicherheitsstatistik anhand von Unfallzahlen, sondern vor allem auch das subjektive Sicherheitsgefühl. Deshalb sollten Radstreifen entlang von Hauptverkehrsstraßen meines Erachtens immer geschützt sein und deshalb sind auch gute Radverbindungen im Nebenstraßennetz so wichtig.

Ein großes Thema ist die Elektromobilität. Verbrennungsmotoren sollen aus der Berliner Innenstadt ja verschwinden. Wer sich heute in der Innenstadt aber ein E-Auto zulegen will, findet dort kaum Aufladeмöglichkeiten, die wenigen Ladesäulen sind fast immer belegt. Gleichzeitig stehen zum Beispiel im Wedding ganze Parkhäuser leer…

Wir werden uns auf jeden Fall neue Modelle überlegen müssen. In der Tat könnten Parkhäuser ein Schlüssel für mehrere Herausforderungen sein: Zum einen könnten sie E-Aufladeмöglichkeiten bieten und so einen Beitrag zur Loslösung vom Verbrennermotor leisten. Zum anderen könnten sie auch Mobilitätshubs mit einer großen Flotte an Sharing-Angeboten sein, die den Bürger:innen zur Verfügung stehen. Ohnehin sollten wir meines Erachtens mehr in Richtung Carsharing denken. Die meisten privaten Autos sind in Wahrheit viel weniger »Fahrzeuge« als »Stehzeuge«, da sie nur sehr selten benutzt werden, aber natürlich die gesamte Zeit über Platz beanspruchen. Das könnte man mit verlässlichem Carsharing viel effizienter regeln.

Spannend finde ich auch den Modellversuch eines autofreien Kiezes, der in Kreuzberg geplant ist. Hier sollen die Bürger:innen die vorhandenen Autos zumindest teilweise in einem nahegelegenen Parkhaus abstellen. Eine repräsentative Umfrage aus dem vergangenen Jahr hat gezeigt, dass eine große Mehrheit dies befürwortet. In vielen Kiezen in Mitte würde das Ergebnis ganz ähnlich ausfallen, da bin ich mir sicher.

Bei der Verkehrswende geht es meist um Umbau, Parkplätze, Radwege, Kreuzungen. Das ist die »Hardware«. Aber was ist mit der »Software«, also unseren Verhaltensweisen?

Generell müssen wir die Stadt und ihre Gestaltung viel mehr von den vulnerablen Gruppen, von den schwächsten Verkehrsteilnehmer:innen her denken. Dabei geht es vor allem um Kinder, aber genauso um ältere Menschen, die nicht mehr so gut zu Fuß sind, oder Menschen mit körperlichen Einschränkungen. Die Verkehrswende beginnt im Kopf, beginnt mit der Rücksichtnahme auf andere und der Bereitschaft, auch die Perspektive der Schwächsten wahrzunehmen. Wir alle sind irgendwann mal Fußgänger:innen, haben Kinder in der eigenen Familie oder im persönlichen Umfeld, wir alle werden mal alt. Mir liegt es sehr am Herzen, für diese »Verkehrswende im Kopf« zu sensibilisieren und an alle zu appellieren, diesen Perspektivwechsel zu vollziehen.

Interview: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Klimanotstand!

Warum Abrisse möglichst verhindert werden sollten

Das ehemalige Parkhaus der Hochschule für Technik in der Weddinger Triftstraße soll abgerissen werden. Sollte man es nicht besser als Quartiersparkhaus weiter nutzen? Oder als lokales Zentrum für Elektromobilität?

»Berlin wird im Jahr 2100 das Klima haben, das heute in Toulouse herrscht.« Im Einleitungsvortrag zum Klimasymposium des Bezirks Mitte sollte ein kurzer Satz die schockierende Wahrheit ans Licht bringen. Oder auch nicht, denn ehrlich gesagt: die meisten Berlinerinnen und Berliner freuen sich eher über die Aussicht auf ein Klima wie in Südfrankreich.

Allerdings ist unsere Stadt darauf nicht eingerichtet. Viele unserer Straßenbäume würden in den trockenen Sommern verdorren. Unsere Wohnungen würden sich aufheizen, weil ihre Fenster sich nicht von außen verschatten lassen wie die in Südfrankreich. Die Zahl der Hitzetoten würde Jahr für Jahr steigen. Und es würde wohl sehr voll werden in unserer Stadt, denn die Menschen aus dem Süden würden in den kühleren Norden streben. Vier Grad mehr sind im Berliner Sommer auszuhalten – in Teilen Indiens oder Arabiens aber nicht.

Die BVV Mitte hat bereits im Januar 2020 den Klimanotstand ausgerufen und das Bezirksamt zu ambitionierten Schritten in Richtung Klimaneutralität aufgefordert. Das hat reagiert und will jetzt alle Beschlussvorlagen einem Klimacheck unterziehen. Zudem hat das Bezirksamt im Dezember das besagte Klimasymposium durchgeführt, ein Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept beschlossen und sogar zwei Stellen dafür bewilligt. Mehr noch: Jetzt kommen auch noch regelmäßig im Frühjahr aktuelle Klima-Kennzahlen auf den Tisch. Wir haben sie uns näher angeschaut.

Es gibt, um es kurz zu fassen, noch Potenzial nach oben. Oft scheint es, als ob sich die einzelnen Abteilungen im Bezirksamt mit Hilfe der Kennzahlen Fleiß-Bienchen ins Muttiheft stempeln wollten. Was beispielsweise die Kennziffer »Bushaltestellen barrierefrei, Anzahl« zum aktuellen Stand der Klimaschutzbemühungen aussagen soll, erschließt sich nicht: Klar ist es schön, wenn der Busfahrer nicht aussteigen muss, um der Rollifahrerin die Rampe auszuklappen. Aber was hat das mit dem Klima zu tun? Und was bedeutet »kommunale Lastenräder, Ausleihquote«? Ist eine hohe oder niedrige Ausleihquote besser für den Klimaschutz? Kommt es nicht eher darauf an, wie viele Lastenräder in Gebrauch sind – egal ob sie der Kommune, einem Umweltverband oder Privatleuten gehören? Fragwürdig erscheint auch der Unterpunkt »Anzahl von Pressemitteilungen des Bezirksamtes«. Auch hier ist nicht klar, ob das Klima profitiert oder leidet, wenn die Pressestelle uns mehr oder weniger Meldungen zum Klimaschutz serviert. Mehr Meldungen halten zwar das Thema stärker im Bewusstsein – anderseits verbraucht der Server, auf dem diese Meldungen anschließend noch jahrzehntelang archiviert sind, ständig Energie und Rohstoffe.

Natürlich sind Kennziffern wie »private gesamte Fläche Neubau in m²« oder »gesamte Bruttogrundfläche Neubau des Bezirksamtes in m² in KfW 45« sinnvoll (»KfW 45« bezieht sich auf eine besonders hohe Energieeffizienz). Aber wo schlägt es sich nieder, wenn der Bezirk oder der Privateigentümer nicht abreißen und neu bauen lässt, sondern im Bestand saniert, wie es der Bezirk ja schon beim Haus der Statistik vormacht? Zement erzeugt schon bei seiner Produktion ziemlich viel Kohlendioxid und ist für fast jede zehnte Tonne CO_2 verantwortlich, die der Mensch in die Atmosphäre entlässt. Sanierung im Bestand ist daher allemal klimafreundlicher als noch der energieeffizienteste Neubau. »Durch bezirkliche Bemühungen eingesparter Beton, Tonnen« wäre also eine Kennziffer, die in der Klima-Bilanz des Bezirks aussagekräftiger wäre. Natürlich kann man so eine Ziffer aber nicht objektiv ermitteln. Und »versagte Abrissanträge, Anzahl« als Erfolgskategorie würde wohl zu politischen Konflikten führen. Man sollte dennoch versuchen, konkrete Schritte in diese Richtung zu tun und der Sanierung bzw. Umnutzung von Bestandsbauten möglichst den Vorzug vor Abriss und Neubau geben. Für den Klimaschutz wäre damit jedenfalls ganz handfest etwas gewonnen.

cs

Adressen

Aktuelle Informationen zum Gebiet finden Sie auch auf www.turmstrasse.de und zur Entwicklung von Moabit auf www.moabitonline.de

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung und Facility Management: Ephraim Gothe
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 9018-446 00
ephraim.gothe@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleiterin: Frau Laduch,
Zimmer 106, (030) 9018-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: dienstags, 9 –12 Uhr,
donnerstags, 15 –18 Uhr
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiter: Stephan Lange
(030) 9018-436 32
Lebendiges Zentrum und Sanierungsgebiet Turmstraße
Zimmer 180/181
Annett Postler (030) 9018-454 36
annett.postler@ba-mitte.berlin.de
Dirk Kaden (030) 9018-458 22
dirk.kaden@ba-mitte.berlin.de

Prozesssteuerung
Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
Karsten Ketzner (030) 33 00 28 32
ketzner@kosp-berlin.de
Sprechstunden: Di 9.30–12 Uhr,
Do 15.30–18 Uhr im Stadtteilladen,
Krefelder Straße 1a, (030) 23 94 53 39
www.kosp-berlin.de
www.turmstrasse.de

Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße
die raumplaner
Di 15–18 Uhr, Fr 9–11 Uhr im Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a, (030) 23 93 85 08
gsm@turmstrasse.de
www.turmstrasse.de

Quartiersmanagement Moabit-West
Rostocker Straße 35, 10553 Berlin
(030) 39 90 71 95
qm-moabit@stern-berlin.de
www.moabit-west.de

Quartiersmanagement Moabit-Ost
Wilsnacker Straße 34, 10559 Berlin
(030) 93 49 22 25
team@moabit-ost.de
www.moabit-ost.de

Mieterberatung
für die Bewohner der Milieuschutzgebiete Waldstraße und Birkenstraße
sowie des Sanierungsgebiets Turmstraße
Sprechzeiten: Mo 16–18, Do 10–12 Uhr
im Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a,
Mieterberatung Prenzlauer Berg
(030) 44 33 81 23
www.mieterberatungpb.de
team-moabit@mieterberatungpb.de

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
BERLIN

ECKENSTEHER

Bloß Fußvieh der SNGebV

Ich werde diskriminiert. Und nicht nur ich, Sie auch. Denn auch Sie sind ab und an Fußgänger oder Fußgängerin oder fahren mit dem Rolli durch die Stadt. Und wenn der Gehweg gesperrt ist, ärgern Sie sich wie ich.

Berliner Gehwege sind recht häufig gesperrt. Bei mir in der Straße muss man aktuell gleich an zwei Stellen die Straßenseite wechseln: an der einen befindet sich seit einigen Jahren eine Baustelle, an der zwischendurch über einen längeren Zeitraum hinweg nicht gearbeitet wurde, wohl weil dem Bauherrn das Geld ausgegangen ist oder die Baufirma pleiteging oder beides. Das ist ärgerlich, passiert in Berlin aber recht oft.

An der anderen Stelle erstreckt sich ein Bauzaun bis zur Fahrbahnmitte, versehen mit einem Halteverbotsschild mit dem Zusatz: »22.02.22, 7h, bis 30.11.23 17h«. Mehr als drei Monate lang ist hier der Gehweg bereits komplett abgeriegelt, ohne dass auf ihm und auf der dahinterliegenden Baulücke auch nur das Allergeringste passiert ist. Das ärgert mich jedes Mal, wenn ich vorbeikomme.

Als ich bei der Recherche für einen Artikel jüngst auf die Anlage 1 der »Sondernutzungsgebührenverordnung« Berlins (SNGebV) stieß, konnte ich nachrechnen, was der Bauherr für das Sperren der halben Straße Monat für Monat ausgeben muss. Die geschätzt 17 x 14 Meter große Fläche sinnlos gesperrten öffentlichen Straßenlandes kostet hier in der Nebenstraße 680 Euro im Monat. Peanuts für den Bauherren einer Millionenimmobilie, das zahlt der aus der Portokasse. Soweit das Kapitel Ärger.

Wütend bin ich aus einem anderen Grund: Wie sich diese Summe zusammensetzt, ist himmelschreiende Diskriminierung. Denn für »nicht dem Fahrzeugverkehr dienende Straßenbestandteile wie Gehweg, Grünanlagen, Trenn-, Rand- oder Sicherheitsstreifen« berechnet die SNGebV 2 Euro pro Quadratmeter und Monat, für »alle Straßenbestandteile, die dem fließenden und ruhenden Fahrzeugverkehr zu dienen bestimmt sind« dagegen doppelt so viel, nämlich 4 Euro. Werde ich als Nutzer des Bürgersteiges dazu genötigt, die Straßenseite zu wechseln, ist das demnach nur halb so schlimm, als wenn ich als Autofahrer meine Karosse zum Parken ein paar Meter weiter rollen lassen muss. Bin ich ohne Fahrzeug bloß Fußvieh und deshalb als Bürger nur halb so schutzbedürftig?

Man hätte bei der Bemessung der Gebühren berücksichtigen können, dass für ältere Menschen mit Gehbeschwerden eine Komplettsperrung des Bürgersteiges bedeuten kann, dass sie nicht mehr zu ihrem »Lädchen« oder zu ihrer Lieblingsbank oder ihren Bekannten kommen, sie also am guten Leben gehindert werden. Oder dass Kindern der schnelle Weg zum Spielplatz versperrt wird, weil sie noch nicht allein über die Straße dürfen. Doch so tickte der Berliner Senat als Verordnungsgeber leider nicht, zumindest nicht im Jahr 2006, als die Verordnung erlassen wurde. Ob die »Verkehrswende« nun etwas daran ändert? *cs*